Niederschrift

über die 48. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Planung,
Bauen und Umwelt der Stadt Schortens

Sitzungstag: Mittwoch, 29.09.2021

Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1,
26419 Schortens

Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 18:50 Uhr

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender
RM Michael Fischer

Ausschussmitglieder
RM Andreas Bruns
RM Manfred Buß
RM Jörg Even
RM Ralf Hillen
RM Kirsten Kaderhandt
RM Dieter Köhn
RM Hans Müller
RM Wolfgang Ottens

Von der Verwaltung nehmen teil:
Bürgermeister Gerhard Böhling
Kom. FBL Frank Schweppe
StAR Anke Kilian
TA Susanne Ukena
TA Petra Kowarsch

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Zahl der anwesenden Ausschussmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung

Der Tagesordnungspunkt 10 wird gesplittet. Der Vortrag verbleibt im öffentlichen Teil, die Auftragsvergabe erfolgt im nicht öffentlichen Teil.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 02.09.2021 - öffentlicher Teil

In der Niederschrift ist festgehalten, dass der Bericht über das Klimaschutzkonzept in der Sitzung am 29.09.2021 vorgestellt werden soll. Dies wird in die Oktobersitzung verschoben.

RM Buss regt an, zum Klimabricht folgende Frage mit in die Niederschrift aufzunehmen:

„Die Verwaltung regte damals an, wiederkehrend – jeweils zur Jahresmitte – zur bevorstehenden Haushaltsberatung Maßnahmenvorschläge aus den Teilkonzepten zur Diskussion und zur Entscheidung für das darauffolgende Haushaltsjahr vorzuschlagen. Gleichzeitig sollte jährlich ein öffentlicher Sachstandsbericht vorbereitet werden, der den Fortgang der Umsetzung darstellt. Wann wurde letztmals so verfahren?“

Mit dieser Ergänzung wird die Niederschrift genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

6. 15. Flächennutzungsplanänderung – Anerkennung des Planentwurfes und Einleitung der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3(2) Baugesetzbuch (BauGB), Abwägungen der im frühzeitigen Verfahren eingegangenen Stellungnahmen **SV-Nr. 16//1221/1**

Frau Lasar stellt die Ziele der 15. Flächennutzungsplanänderung vor. Mit der 15. FNP Änderung soll der Flächennutzungsplan den tatsächlichen Gegebenheiten in Sillenstede angepasst werden. Der Ursprungsplan weist ein allgemeines Wohngebiet aus, tatsächlich hat sich aber eine Gewerbeansiedlung ergeben.

Im Anschluss teilt ein Bürger, Herr Grimpe mit, dass es bereits vor Rechtskraft des Ursprungsplanes dort Gewerbe gegeben habe.

Es wird auf die aktuelle Situation verwiesen und bemerkt, dass es darum gehe den Plan nun zu legalisieren.

Der Ausschussvorsitzende verliest den Beschlussvorschlag. Es ergeht einstimmig folgender Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Der Planentwurf wird unter Berücksichtigung des Beratungsergebnisses anerkannt.

Als nächstes wird die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (2) BauGB und die Unterrichtung der Behörden gem. § 4 (2) BauGB durchgeführt. Die im frühzeitigen Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen werden wie in der Sitzung dargestellt abgewogen.

7. B-Plan Nr. 146 "Sillenstede West"
Anerkennung des Planentwurfes und Einleitung der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) sowie Abwägung der im frühzeitigen Verfahren eingegangenen Stellungnahmen
SV-Nr. 16//0967/2

Frau Lasar stellt dar, dass die Planänderung dazu dient, nicht überbaubare Flächen zu verkleinern, Grünzüge fest zu setzen, die Schule als Gemeinbedarfsfläche darzustellen und moderne Nutzungsvarianten festzusetzen.

Auf die Frage von RM Ottens nach den verschiedenen Nutzungen, stellt Frau Lasar jede Festsetzung im Einzelnen vor.

RM Ottens beantragt für alle Wohn- und urbanen Gebiete in diesem Plan eine Traufhöhe von 4,50 Meter, eine Firsthöhe von 9,50 Meter, eine Sockelhöhe von 0,50 Meter und eine GRZ von 0,4 fest zu setzen.

BM Böhling erläutert, dass sich die verschiedenen Nutzungen an der bestehenden Bebauung orientieren.

RM Bruns regt an, die Entwicklungsmöglichkeiten gerade für die urbanen Gebiete offen zu lassen und stellt dar, dass die Bebauungspläne die städtebauliche Entwicklung der Zukunft regeln sollen.

Die Frage von Herrn Grimpe, ob der Bolzplatz zukünftig Gemeingebiet sei, wird bejaht, die Frage, wieso nicht alle Bäume im Gebiet zum Erhalt festgesetzt wurden, wurde dahingehend beantwortet, dass nicht alle Bäume erhaltenswert seien. BM Böhling sagt zu, die Bestandsbäume noch einmal zu überprüfen.

Die Frage von RM Even, warum die östliche Grenze des Plangebietes verkleinert wurde, wird dahingehend beantwortet, dass die seinerzeit geplante Straße nicht mehr notwendig ist, weil der Bau in die freie Natur hinein nicht mehr gewünscht wird.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Antrag von RM Ottens abstimmen.

Der Antrag wird bei einer Ja- Stimme mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Antrag der Verwaltung abstimmen.

Dem Beschlussvorschlag wird bei einer Gegenstimmen zugestimmt.

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Der Planentwurf des im Betreff genannten Bebauungsplanes wird unter Berücksichtigung des Beratungsergebnisses anerkannt.

Als nächstes wird die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 (2) BauGB

und die Unterrichtung der Behörden gem. § 4 (2) BauGB durchgeführt. Die im frühzeitigen Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen werden wie in der Sitzung dargestellt abgewogen.

8. Feststellungsbeschluss zur 16. Änderung des Flächennutzungsplanes (Huntsteerter Weg) **SV-Nr. 16//1440/2**

Frau Lasar stellt dar, dass die 16. Änderung des Flächennutzungsplanes angestrebt wird, um das für das angrenzend geplante Wohngebiet „Huntsteerter Weg“ notwendige Regenrückhaltebecken planerisch abzusichern. Ferner wird das als schützenswerte mesophile Grünland als schützenswerter Bereich dargestellt.

Im Anschluss der Erläuterungen stellt RM Ottens fest, dass er diesem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde und verliert die Eingabe der Unteren Naturschutzbehörde zum Bebauungsplan Nr. 150 „Huntsteerter Weg“.

RM Even sorgt sich um die Entwässerung der nachgelagerten Flächen bei starken Regenereignissen. TA Schweppe erläutert, dass das geplante vorgelagerte Baugebiet durch Rigolen entwässern wird. Das bedeutet, es soll so viel Wasser als möglich vorerst gesammelt werden und auf den jeweiligen Grundstücken entwässert werden. Erst dann wird das überschüssige Oberflächenwasser in das Regenrückhaltebecken abgegeben und von da aus weitergeleitet in die Vorfluten. Selbstverständlich gibt es vor Rechtskraft des Bebauungsplanes ein Oberflächenentwässerungskonzept für diesen Bereich.

RM Bruns fragt noch einmal nach der Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde, die zuvor verlesen wurde. Diese beziehe sich doch gar nicht auf die 16. Flächennutzungsplanänderung, sondern auf den noch gar nicht ausliegenden angrenzenden Bebauungsplan. Die Aussagen beziehen sich also auf eine andere Fläche. Das ist korrekt und wird von der Verwaltung bestätigt.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Dem Beschlussvorschlag wird bei einer Gegenstimme zugestimmt.

Der Rat möge beschließen:

Die Abwägungsvorschläge werden wie vorgelegt beschlossen. Die Stellungnahmen und Hinweise gem. §§ 4 (2) und § 3 (2) BauGB werden wie in der beigefügten Tabelle ersichtlich abgewogen.

Festgestellt werden die 16. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Schortens und die Begründung nebst Umweltbericht.

9. Bebauungsplan Nr.133“Olympiastraße“,Hier:Ergebnis aus d.Beteiligung d.Behörden u. sonst.Träger öffentl. Belange im Verf. gem. § 4(2) Baugesetzbuch (BauGB) u.d. durchgeführten öffentl. Auslegung gem. § 3(2) BauGB, Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB

SV-Nr. 16//1850

Frau Spille stellt die Ziele des Planes und die Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung dar. Der Plan Nr. 133 „Olympiastraße“ dient dazu die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ansiedlung von „Wohnen“ und „Gewerbe“, in Form von Versorgung im Gebiet Roffhausen zu schaffen.

Im Anschluss ergänzt der Ausschussvorsitzende, RM Fischer, dass die süd-westlich an das Plangebiet angrenzende Fläche aufgrund von Eigentümerdiversität nicht Bestandteil dieses Bebauungsplanes sei.

BM Böhling ergänzt, dass die Eigentümerin dieser Fläche jedoch jetzt Verkaufsbereitschaft signalisiert habe.

Es ergeht einstimmig folgender Beschlussvorschlag:

Der Rat möge beschließen:

Die Stellungnahmen und Hinweise gem. §§ 4 (2) und § 3 (2) BauGB werden, wie in der beigefügten Tabelle ersichtlich, abgewogen.

Aufgrund der §§ 1 (3) und 10 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl.I S.3634), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14.06.2021 (BGBl.I S.1802), beschließt der Rat der Stadt Schortens die Neufassung des Bebauungsplanes Nr. 133 „Olympiastraße“ sowie die Begründung nebst Umweltbericht als Satzung.

10. Erstellung eines Fördermittelantrages für das Radwegekonzept der Stadt Schortens

Frau Pieray stellt die Inhalte des angedachten Radverkehrskonzeptes vor. Neben der Bestandsaufnahme sollen auch Vorschläge zur Verbesserung der Radwege und zum weiteren Vorgehen gemacht werden. Nach der Aufnahme des Ist – Zustandes soll es eine erste Gesprächsrunde aller Beteiligten unter Beteiligung des ADFC geben, um weitere Ideen zu sammeln. Dies kann voraussichtlich im Frühjahr stattfinden.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

BM Böhling erläutert, dass in der Sitzung lediglich die Inhalte des Konzeptes vorgestellt werden. Im Anschluss wird nach der Auftragserteilung dann ein Konzept erarbeitet, welches wichtig für den Fördermittelantrag sei.

RM Ottens erwartet sich von dem Konzept auch eine Handlungsempfehlung und verweist auf die Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfahrende Kommunen“.

TA Schweppe ergänzt, dass in nächster Zeit eine Begehung des Stadtgebietes mit dem Rad geplant sei. Die Erkenntnisse daraus sollen in das Konzept einfließen.

Herr Zimmering vom ADFC teilt mit, dass auch der allgem. Deutsche Fahrradclub Ideen habe, die in das Konzept einfließen können.

BM Böhling stellt dar, dass der Radverkehr mehr Raum bekommen und auch eine Anbindung an die umliegenden Städte erfolgen soll.

Herr Tjardes legt dar, dass nach der Bestandsaufnahme alle Überlegungen von verschiedensten Stellen in das Radwegekonzept einfließen werden. Das wird voraussichtlich ein knappes halbes Jahr in Anspruch nehmen.

Die Frage nach der Möglichkeit die Breite der Radwege zu variieren, wird bejaht, sofern die Mindestbreiten der StVO eingehalten werden.

11. Antrag der SPD vom 13.01.2021: Überprüfung der Pachtverhältnisse im Moorland - Ergebnis im September 2021 **SV-Nr. 16//1881**

TA Kowarsch stellt tabellarisch die Flurstücke, die aktuellen Nutzungen und die aktuellen Pachtinhalte dar.

Eine tabellarische Übersicht sowie die dazugehörige Flurkarte sind mit der Sitzungsvorlage zur Verfügung gestellt worden.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

12. Anfragen und Anregungen:

- 12.1. Auf Nachfrage von RM Bruns erläutert BM Böhling, dass zurzeit die Ausschreibung für die Erschließung im Baugebiet „Diektonnenstraße“ läuft. Anfang des Jahres soll es dann zu Baumaßnahmen kommen.

- 12.2. RM Buss stellte fest, dass sämtliche Sitzungsunterlagen doppelt in Session eingepflegt waren. Die Verwaltung sagt eine Überprüfung zu.

Der Ausschussvorsitzende, RM Fischer, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:45 Uhr.

Schortens, 04.10.2021

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Protokollführerin